

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	45 (1951)
Heft:	1
Artikel:	Weltrundschau : wie lange noch dieser Krieg? ; Rückzug und neuer Anfang! ; Neue Asienpolitik ; Umschwung in Sicht! ; Die Kernfrage ; Nächste Schritte
Autor:	Kramer, Hugo
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-139487

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie lange noch dieser Krieg!

Edler Freund, wo öffnet sich dem Frieden,
Wo der Freiheit sich ein Zufluchtsort?
Das Jahrhundert ist im Sturm geschieden,
Und das neue öffnet sich mit Mord.

Muß man nicht mit Schiller so auch beim Eintritt in die zweite Hälfte unseres Jahrhunderts fragen und klagen? Schon in der Neujahrsnacht ist ja die neue große Offensive der vereinigten Nordkoreaner und Chinesen losgebrochen, die die «roten Horden» (in der Schweizer Presse so genannt) weit über Söul hinaus rasch bis tief nach Mittelkorea hineingeführt hat, während die Amerikaner auf ihrem Rückzug das Land, das zu «befreien» sie auszogen waren, mit gewohnter Rücksichtslosigkeit vollends ganz verwüsten. Die Hoffnungen auf einen Waffenstillstand und auf Verhandlungen über eine friedliche Lösung der Koreafrage, die man noch anfangs Dezember hegen konnte, als die chinesische Abordnung am Sitze der Vereinten Nationen weilte, sind damit wohl endgültig verflogen. Vielleicht war es den Chinesen mit solchen Verhandlungen überhaupt nie so recht ernst, sonst hätten sie kaum als Voraussetzung für sie verlangt, was nur eines ihrer Ziele sein konnte: die Räumung Koreas von den UNO-Truppen. Aber die Vereinten Nationen haben die Chinesen eben auch nie auf die Probe gestellt, ob es ihnen wirklich ernst mit Verhandlungen sei. Sie lehnten es rundweg ab, mit der Chinesischen Volksrepublik, also der ersten Großmacht Asiens, hinter der ein Volk von 450 Millionen Menschen und eine schlagkräftige Riesenarmee steht, auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu verhandeln und sie in die UNO aufzunehmen¹. Es ist vor allem Amerika, das dem kommunistischen China das Recht aufs Dasein einfach nicht zuerkennen will und sich darum auch weigert, Formosa freizugeben. Dies, obwohl noch vor einem Jahr – am 6. Januar 1950 – Präsident Truman ausdrücklich Formosa als Bestandteil Chinas anerkannte und erklärte, die Vereinigten Staaten hätten «keinerlei Absicht, ihre Streitkräfte einzusetzen, um sich in die dort (auf Formosa) bestehende Lage einzumischen». Am gleichen Tage bestätigte Außenminister Acheson diese Erklärung und lehnte als «Advo-

¹ Natürlich werden die für solch sträflichen Hochmut verantwortlichen Kräfte der UNO auch von der Schweiz her wacker unterstützt. Die «Neue Zürcher Zeitung» zum Beispiel weiß nichts Besseres zu tun, als ihren Sonderberichterstatter bei der UNO, Max Beer (ist es wirklich der Verfasser der bekannten «Geschichte des Sozialismus in England» und der «Allgemeinen Geschichte des Sozialismus»?) behaupten zu lassen, man habe es bei diesem neuen China «genau wie bei der Sowjetunion mit einer hemmungslos auf Machterweiterung ausgehenden Diktatur einer kleinen Gruppe rücksichtsloser Parteibonzen zu tun», die «von doktrinärer Engherzigkeit, primitivem Nationalismus und fundamentaler Abneigung gegen die westliche Zivilisation beherrscht» seien. Vom Sinn und Wesen der chinesischen Revolution scheint dieser Mann nicht die entfernteste Ahnung zu haben.

katenkniff» die Behauptung ab, Amerika dürfe in oder um Formosa eingreifen, weil dieses so lange von Japan beherrscht gewesen sei, das nun aber unter amerikanischer Verwaltung stehe. Ist es da China zu verargen, wenn es jetzt den Amerikanern nichts mehr glaubt und überzeugt ist, die Vereinigten Staaten wollten Formosa dem Herrn Tschiang Kai-shek und sich selber als Sprungbrett für einen späteren Angriff auf das chinesische Festland sichern? Die neuerdings bedeutend verstärkte amerikanische Rüstungshilfe für Tschiang ist schwerlich geeignet, diesen Verdacht zu zerstreuen.

Die UNO-Mächte dürfen sich jedenfalls nicht wundern, wenn die Chinesen nicht mehr mit sich reden lassen, vielmehr die Entscheidung über Korea mit den Waffen suchen – genau wie es die UNO selber tat, als sie sich militärisch überlegen fühlte und ihren Oberkommandierenden ermächtigte, den nordkoreanischen Staat zu zerstören und China die Faust unter die Nase zu halten. Jetzt haben sie die Antwort! Wäre es der UNO wirklich daran gelegen gewesen, die Koreafrage im Geiste der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Freiheit zu lösen, so hätte sie dazu längst reichlich Zeit gehabt. Aber fünf Jahre lang tat sie nichts, um das korrupte Ausbeuterregime in Südkorea zu beseitigen, und als dann die Nordkoreaner einbrachen, um die überfällige Revolution auf ihre Art durchzuführen, da vermochten die UNO-Truppen zwar schließlich die Kommunisten zurückzutreiben, aber gleichzeitig stellten sie auch die Macht der alten Herrenklasse wieder her, und dasselbe hätten sie in Nordkorea getan, wenn jetzt nicht die Chinesen eingegriffen hätten. Es ist eben hier in Korea wie überall: wenn die Demokratie sich unfähig zeigt, das soziale Problem zu lösen, dann muß es wohl oder übel der Kommunismus tun. Und so wird nun wahrscheinlich der Krieg in Korea weitergehen, bis die Revolution auch dort endgültig gesichert ist. Daran werden all die halbhatzigen Vermittlungsversuche, die die UNO jetzt unternimmt, gar nichts ändern. Sie werden ja der Lage, die in Korea und im übrigen Ostasien herrscht, doch niemals gerecht².

Rückzug und neuer Anfang! Inzwischen wird die Stellung der Vereinten Nationen in Korea immer unhaltbarer. Zunächst militärisch: Der Koreakrieg erschöpft die Kräfte Amerikas ganz unverhältnismäßig stark. Die Zeiten sind eben

² Das inzwischen erfolgte Scheitern des letzten Vermittlungsversuches der UNO bestätigt diese Annahme. Was war denn der Sinn des UNO-Angebotes an China? Kurz gesagt dies: Die UNO-Mächte, die ihre Ziele in Korea nicht mit militärischer Gewalt erreichen konnten, suchten ihnen nun auf dem Verhandlungsweg näherzukommen. Sie schlugen darum den Chinesen (und Nordkoreanern) vor, die Feindseligkeiten bedingungslos einzustellen und dann über alle von China aufgeworfenen Fragen mit der UNO zu verhandeln. Davon wollten die Chinesen begreiflicherweise nichts wissen; sie wollten nicht den Triumph ihrer militärischen Überlegenheit aus der Hand geben und dann an den Grünen Tisch zu Verhandlungen kommen, die von der Gegenseite beliebig in die Länge gezogen und zuletzt ohne Bewilligung auch nur der drin-

vorbei, da 50 000 britische Soldaten genügten, um den großen Aufstand in Indien (1857/58) niederzuschlagen, und 20 000 Weiße vor einem halben Jahrhundert, bei der Boxererhebung, das große China auf die Knie zu zwingen vermochten. Heute verstehen auch die Asiaten des Festlandes – nach den Japanern – Kriege zu führen und Kriege zu gewinnen.

Aber auch moralisch und politisch ist die UNO-Sache in Korea verloren. Auch die neuerdings von den amerikahörigen Sozialdemokraten ausgegebene Lösung: «Züchtigung des Angreifers, aber Achtung der asiatischen Freiheitsbewegung!» hat längst keinen Sinn mehr. Das Eingreifen der Vereinten Nationen in Korea war ja, wie die Ereignisse auch den Freunden eines «Sanktionenkrieges» bewiesen haben müssen, von vornherein gegen die soziale Befreiung der ausgebeuteten Bevölkerungsschichten gerichtet gewesen. Und erst recht wäre ein UNO-Krieg gegen China nichts anderes als ein gegenrevolutionärer Interventionskrieg größten Stils. Die Anklage, China habe sich einer mutwilligen Angriffs-handlung schuldig gemacht, enthüllt sich von selbst als bloße heuchlerische Phrase, wenn man sich vergegenwärtigt, wie sich Amerika in einer ähnlichen Lage verhalten hätte. Angenommen, die Vereinigten Staaten hätten wohlwollend zugesehen, wie eine nordmexikanische Armee in Südmexiko eingefallen wäre, um ein dort bestehendes kommunistisches Regime zu stürzen. Angenommen ferner, die Streitkräfte eines kommunistisch-sozialistischen Staatenblocks wären unter russischer Führung den Südmexikanern zu Hilfe gekommen, hätten die Nordarmee geschlagen und näherten sich nun in Eilmärschen und unter drohenden Redensarten gegen den amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus der Grenze der Vereinigten Staaten. Wie denkt man, hätte wohl die nordamerikanische Union reagiert? Der Leser möge sich selber die vollkommene Hysterie ausmalen, die in einer solchen Lage das amerikanische Volk erfaßt hätte, und über die Kraft des kriegerischen Gegenstoßes nach Mexiko hinein spekulieren, der die sichere Folge dieses Aufruhrs aller nationalen und antikommunistischen Leidenschaften gewesen wäre. Er möge sich aber auch daran erinnern, daß die Vereinigten Staaten schon vor 125 Jahren mit der Monroe-Doktrin den Grundsatz verkündet haben, jede Einmischung außeramerikanischer Mächte in die Freiheitsbewegung der lateinamerikanischen Völker werde als Angriff

gendsten Forderungen Chinas abgebrochen werden konnten. Anderseits muß man aber auch die Haltung der UNO-Mächte begreifen, die ebenfalls nicht bedingungslos Korea räumen, also ihre stärkste Karte fortgeben wollten, ohne für die Regelung der politischen Zukunft Koreas in ihrem Sinn irgendwelche Zusicherungen erhalten zu haben. So steht eben nun Interesse gegen Interesse. Und die Entscheidung wird das Schwert bringen müssen – wenn es eine Entscheidung sein wird! Wie ganz anders wäre die Lage heute, wenn sich Amerika bereitgefunden hätte, China in die UNO zuzulassen und Formosa freizugeben! China hätte dann kaum mehr auf den sofortigen Rückzug der UNO-Truppen aus Korea bestehen können, und die Koreafrage wäre wirklich auf den Verhandlungsweg gewiesen worden.

auf die nordamerikanische Union selber behandelt werden, die ja selber aus einer Revolution hervorgegangen ist. «Amerika den Amerikanern!» – das ist seither für die Vereinigten Staaten ein oberster Grundsatz ihrer ganzen Außenpolitik gewesen. Wie wollen sie nun die Chinesen als freche Angreifer brandmarken, wenn diese den gleichen Grundsatz auf Asien und seine Freiheitsbewegung anwenden?

Nein, damit sind heute keine Geschäfte mehr zu machen. Und auch ein bloßer Teilkrieg gegen China – der insbesondere mit wirtschaftlichem und politischem Boykott, wie anfangs der zwanziger Jahre gegen die Sowjetunion, geführt würde – kommt im Ernst kaum mehr in Frage. Halbheiten sind, wenn irgendeinmal, so bei der Lösung der Asienfrage nicht mehr am Platz. Auch hier wird schließlich die Konsequenz siegen: Entweder nimmt man, wie es MacArthur und seine Partei verlangen, den Totalkrieg mit China – und das heißt über kurz oder lang auch mit Rußland – auf, oder aber man entschließt sich zum völligen Rückzug aus Korea und schlägt einen ganz neuen Weg ein, um sich mit dem erwachenden Asien auseinanderzusetzen.

Neue Asienpolitik

Die Unausweichlichkeit einer solchen Neuausrichtung der amerikanischen Asienpolitik ist unlängst in einem großen, der Kriegs- und Friedensfrage gewidmeten Sonderheft der Neuyorker «Nation» eindringlich dargetan worden. Neben andern Verfassern spricht es H. R. Isaacs, ein kundiger Beurteiler asiatischer Dinge, ungeschminkt aus, daß die farbigen Völker nur zu sehr geneigt seien,

«in den Vereinigten Staaten den Erben des westlichen Imperialismus der Vergangenheit zu sehen, den großen konservativ-kapitalistischen Koloß, der schon um seines Ausmaßes und seines Reichtums willen zu fürchten sei, und der, von Rassengeist durchdränkt, nur daran interessiert sei, seine Macht zu erweitern oder das Ausdehnungsbestreben seines russischen Rivalen zu vereiteln. Die Unterstützung Asiens für die moralisch vertretbare amerikanische Aktion in Korea wurde durch Mißtrauen gegen die gleichzeitige amerikanische Aktion auf Formosa und in Indochina verwässert. Und auch die amerikanische Aktion in Korea selbst hat sich, besonders im Bewußtsein mancher Inder, ohne weiteres in eine Angriffshandlung verkehrt, die dazu bestimmt sei, Stützpunkte für einen Krieg gegen Rußland und China zu gewinnen.»

Das heutige Asien, so stellt Isaacs fest, ist großenteils nur das Erzeugnis des westlichen Imperialismus, der ihm eine unausgeglichene Wirtschaft, eine unzulängliche Produktionskraft, Armut, Unbildung und nur ein Mindestmaß ordentlicher politischer Einrichtungen und nutzbarer Verwaltungsfähigkeiten hinterlassen habe. Die Aufgaben, vor die sich Asien gestellt sehe, seien darum von gewaltigstem Umfang:

«Sie gehören zu den größten menschlichen Problemen unseres Jahrhunderts: sie sind ein unabtrennbarer Teil der Weltkrise, die daraus entsprungen ist, daß das ganze Gefüge, in dem sich die Welt fast drei Jahrhunderte lang gereckt und betätigt hat, eingestürzt ist. Die alten Systeme und Machtformen funktionieren nicht mehr. Sie müssen durch neue Systeme und Machtformen ersetzt werden, die funktionsfähig sind.

In Asien stellt sich diese Aufgabe in ihrer dringendsten, augenfälligsten, spannungs-geladensten Gestalt, weil in Asien die ganze, auf den westlichen Imperialismus ge-gründete Gesellschaftsordnung zerstört ist.»

Man höre zwar, meint der Verfasser, von amtlicher amerikanischer Seite nicht selten ganz schöne Worte über die Pflicht der Vereinigten Staaten, den asiatischen Völkern zu helfen. Aber die Taten entsprächen eben diesen Worten herzlich wenig:

«Wir können nicht immerzu davon schwätzen, wie antiimperialistisch wir seien, und uns gleichzeitig mit den Franzosen in Indochina verbünden. Wir können nicht davon schwätzen, daß wir Asien helfen wollten, und dann nur ein paar Millionen für eine schillernde Idee, wie das Vier-Punkte-Programm, ausgeben, dieweil wir Milliarden in Rüstungen hineinsticken. Wir können nicht von unserem Wunsch reden, den fortschrittlichen Kräften in Asien die Hand zu reichen, und dann die engsten Verbindungen mit den Kräften herstellen, die von Tschiang Kai-shek, Syngman Rhee, Elpidio Quirino, Bao Dai und Marschall Pibul in Siam vertreten werden. Wir büßen dadurch unseren moralischen Kredit ein und danken tatsächlich zugunsten der Kommunisten ab.»

Umschwung in Sicht! Das Volk der Vereinigten Staaten als Ganzes ist natürlich noch weit davon entfernt, solche Mahnungen zu beherzigen. Vielfach macht sich sogar, vorab innerhalb der Republikanischen Partei, angesichts der Niederlage in Korea die Neigung geltend, nun erst recht eine rücksichtslose Draufgängerpolitik zu verfolgen, die aufs Ganze ginge und den offenen Ausbruch eines dritten Weltkrieges gelassen in Kauf nähme. Zum mindesten müßten die Vereinigten Staaten – so verlangen es diese Aktivisten – die «nationalchinesischen» Streitkräfte gegen die rote Republik aufbieten, Japan wiederaufrüsten, die kommunistenfeindliche Partisanenbewegung in China unterstützen, Franco-Spanien nach westdeutschem Muster in die Atlantische Gemeinschaft aufnehmen lassen und etwa widerspenstigen westeuropäischen Völkern den Brotkorb höher hängen.

Aber im allgemeinen hat doch die koreanische Katastrophe in Amerika eher die entgegengesetzte Wirkung gehabt. Zum erstenmal seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist an Stelle des Machtrausches, der den jähnen Aufstieg der Vereinigten Staaten zum größten Weltreich begleitet hat, eine gewisse Ernüchterung getreten. Senator Taft, der gegenwärtig als aussichtsreichster Kandidat der Republikaner für den Präsidentenposten gilt, erklärt offen, er hätte keine amerikanischen Truppen nach Korea geschickt, wenn er Präsident gewesen wäre; das Beste sei darum, Korea zu räumen und die Soldaten Tschiang Kai-sheks auf die Roten loszulassen, so wie das kostbare amerikanische Blut auch in Europa geschont werden müsse. Der frühere Präsident Hoover empfiehlt gleichfalls, Asien sich selbst zu überlassen, in Europa nicht ein zweites Korea zu riskieren und lieber Amerika zur uneinnehmbaren Festung der Freiheit und Kultur auszubauen, als die Kräfte der Vereinigten Staaten in einem Versuch, den Kommunismus rund um den Erdball herum zu be-

kämpfen, nutzlos zu vergeuden. Und offenbar finden solche Gedanken-gänge in Amerika weit herum Anklang. Viele Leute scheinen nicht übel Lust zu haben, dem Rat des ehemaligen USA-Botschafters in London, Kennedy, zu folgen, man solle die Westeuropäer ruhig einmal ein Jahr-zehnt lang den Kommunismus am eigenen Leib spüren lassen, um sie von ihrem Widerstreben gegen eine Vollaufrüstung zu kurieren. Im besondern fragt man sich ernsthaft, ob es – um wiederum Senator Taft anzuführen – einen Sinn habe, «den Europäern ein großes Militärpro-gramm aufzuzwingen, das doch mit beinahe tödlicher Gewißheit einen Krieg heraufbeschwören müßte». Andere Kritiker dieser Rüstungspläne weisen darauf hin, daß vor allem die Wiederbewaffnung Westdeutsch-lands ein zweifelhaftes Mittel sei, um die Russen von einem Krieg ab-zuschrecken:

«Wenn die Vereinigten Staaten in den nächsten paar Wochen anfangen, West-deutschland als vorgeschobene Militärbasis für einen Krieg zu organisieren, so könnten die Russen durch eine Besetzung dieser Basis die Vereinigten Staaten zwingen, ein großes Stück davon aus der Luft wieder zu zerstören. Die Aussicht, daß die Ameri-kaner eine der mutmaßlichen amerikanischen Militärbasen selbst bombardieren, wäre für Moskau kaum ein Grund, sich von einem Krieg abhalten zu lassen.»

(I. F. Stone im linksstehenden Neuyorker «Daily Compaß», 1. 1. 51.)

Und auch der weit rechts stehende Senator Millikin meinte trocken, die Notwendigkeit einer Verteidigung der westeuropäischen Produktions-stätten sei durchaus kein Grund, amerikanische Truppen über den Ozean zu schicken, denn im Fall eines russischen Einbruches würden diese In-dustrieanlagen ja doch sofort aus der Luft zerstört und damit für die Russen unbrauchbar gemacht werden müssen. Was man angesichts der Erfahrungen, die man in Westeuropa wie jetzt auch in Korea mit der Zerstörungsstrategie der amerikanischen Luftwaffe gemacht hat, ohne weiteres glauben wird.

Die Kernfrage Inzwischen betreibt die amerikanische Regierung, un-beirrt durch solche «Miesmacherei», die Verwirk-lichung ihres Rüstungsprogramms mit ungeschwächter Energie weiter. Bis zum Ende des Budgetjahres 1951/52 sollen für die Kriegsvorberei-tungen der Vereinigten Staaten und ihrer Bundesgenossen fast 50 Mil-liarden Dollar aufgewendet werden, doppelt so viel, wie die Ausgaben im Jahr 1950/51 betragen haben, und mehr als viermal so viel, wie Amerika vor dem Koreakrieg für Rüstungszwecke ausgegeben hat. In den nächsten Jahren sollen diese Aufwendungen gar bis auf die astrono-mische Zahl von 140 Milliarden (140 000 000 000) Dollar gesteigert werden, was unter anderem erlauben soll, alljährlich mindestens 35 000 Tanks und 50 000 Flugzeuge herzustellen. Natürlich müsse dann, so machte Präsident Truman in seiner jüngsten Wirtschaftsbotschaft klar, die Erzeugung von nichtmilitärischen Gütern entsprechend gesenkt und strenge Sparsamkeit bei der Bewilligung von Krediten für soziale und

kulturelle Werke geübt werden. Daß der mit soviel Reklame in die Welt gesetzte «Fair Deal», diese Neuauflage des großen Roosevelt'schen Wirtschafts- und Sozialplanes, bis zur Besiegung des Weltkommunismus wieder in einem Aktenschrank verschwinden wird, ist in der Tat selbstverständlich. Nur könnte man sich in Amerika – und anderwärts – eigentlich fragen, ob eine kommunistische Gefahr überhaupt hätte entstehen können, wenn man auch nur einen nennenswerten Teil der phantastischen Summen, die jetzt in Amerika und Europa für Kriegsrüstungen ausgegeben werden, zur Befreiung der Menschheit von Furcht, Not und Hunger aufgewendet hätte ...

Der Un- und Widersinn der ganzen Kriegsrüsterei sollte schon aus solchem Sichfragen eindeutig klar hervorgehen. Aber wer stellt heute noch Regierungsdoctrinen und populäre Lösungen in Frage, wenn es sich um die «Ausrrottung der kommunistischen Pest» handelt? Es sind überall nur noch kleine Gruppen, die gegen den Strom schwimmen und, ohne sich der kommunistischen Heilslehre oder der sowjetischen Machtpolitik verschrieben zu haben, dem verbrecherischen Irrwahn einer «Eindämmung» der gewaltrevolutionären Weltbewegung durch militärische Mittel entgegentreten. Um so mehr gereicht es uns zur Genugtuung, in der schon erwähnten Sondernummer der «Nation» aus der Feder von James P. Warburg einen Aufsatz zu finden, der das, was wir an dieser Stelle schon seit Jahr und Tag über das Verhängnis solcher Kommunistenbekämpfung gesagt haben, weithin bestätigt. «Entgegen unsren Absichten», so erklärt dieser amerikanische Fachmann für internationale Politik, «führen oder schleppen wir gegenwärtig die freie Welt auf einem Weg hin, der entweder in einem Atomkrieg ausläuft, in dem es keinen Sieg und nach dem es keinen dauernden Frieden geben kann, oder aber zum Verlust des Kampfes gegen den Totalitarismus führt, ohne daß ein russischer Soldat einen Schuß abgegeben hätte. Dies darum, weil unsere jetzige Außenpolitik negativ und von Furcht eingegeben ist und auf einer unzulässig vereinfachten Teufelslehre in bezug auf das Wesen der Weltkrise beruht.» Und Warburg fährt fort:

«Angesichts einer weltweiten sozialen Revolution, die sich im Innern des überalterten weltpolitischen Systems vollzieht, und angesichts des weltpolitischen Leerraumes, der durch den Zerfall Westeuropas geschaffen worden ist, sieht unsere Regierung nur das rücksichtslose, machthungrige russische Regime, das diese Verhältnisse für seine Zwecke ausnützt. Wir haben die bequeme Theorie angenommen, daß alles aufs beste bestellt wäre, hätte nicht – mit den Worten des Präsidenten – „ein einziger Staat, und nur dieser eine Staat, das Zustandekommen eines gerechten und ehrenhaften Friedens verhindert“ ...³ In dem Nebel, der durch unsere Ängste erzeugt worden ist,

³ Die politische Neujahrsbotschaft Trumans an die Bundesversammlung wiederholt diese Behauptung mit womöglich noch primitiverer Selbstgerechtigkeit, als dies schon bisher der Fall war. – Nebenbei: Wes Geistes Kind dieser Truman ist, geht auch aus einem Zwischenfall hervor, der sogar in Amerika peinliches Aufsehen erregt hat. Die Tochter des Präsidenten ist bekanntlich Sängerin, und zwar eine recht mittelmäßig begabte (um höflich zu bleiben). Nun erlaubte sich ein angesehener Musikkritiker, Paul

haben wir unsren Richtungssinn wie unsere Zielpunkte verloren. Wir verzetteln unsere Macht und die unserer Freunde in einer Reihe schreckgeborener, jäh ins Werk gesetzter Unternehmungen über den ganzen Erdball hin... Wir haben die ‚Eindämmung‘ des Kommunismus in erster Linie durch körperliche Gewalt zu bewirken gesucht und dabei unüberlegte Verpflichtungen übernommen, die über unsere Kraft, sie auch zu erfüllen, hinausgehen. Wir haben ein militärisches Gehaben ohne militärische Stärke angenommen und unsren eigenen Anstrengungen entgegengearbeitet, indem wir Trugbildern von Größe nachjagten und gleichzeitig widersinnigerweise rappenspaltende Zaghaftigkeit an den Tag legten.

Im letzten Sommer wurde uns die Rechnung in Korea präsentiert. Über Nacht wurden wir zu der Erkenntnis gezwungen, daß unser kostspieliger Militärapparat, für den wir seit Kriegsende etliche 50 Milliarden Dollar ausgegeben hatten, ganz unzulänglich für den Beruf des Weltpolizisten war, den wir uns mit unserer Eindämmungstheorie zurechtgelegt hatten.»

Die Folgen sind nach Warburg vierfacher Art:

1. Amerika ist auf dem Weg, ein Militärstaat zu werden, wobei viele Amerikaner in Versuchung kommen, zu denken, daß auch ein Krieg den unabsehbaren Bedrückungen und Einschränkungen des Lebens in einem Militärstaat vorzuziehen sei.

2. Amerika hat mit seinem Entschluß, in Deutschland eine große militärische Machtstellung aufzubauen, seine strategische Handlungsfreiheit preisgegeben und läuft Gefahr, ein Dünkirchen im Riesenmaßstab zu erleben, falls es diese seine Stellung nicht gegen rund 175 russische Divisionen zu halten vermag.

3. Indem Amerika seine Freunde in Westeuropa zu einer umfassenden militärischen Anstrengungen veranlaßt, stellt es sie möglicherweise vor die Wahl, entweder nicht genügend aufzurüsten, um ihre schwer gewonnene wirtschaftliche Erholung nicht zu schädigen, oder aber durch Vollausrüstung wirtschaftliche Schwierigkeiten und politische Unsicherheit zu schaffen, die dem Kommunismus Tür und Tor öffnen würden.

4. Die Wiederausrüstung Deutschlands und Japans, die noch vor kurzem als undenkbar erklärt wurde, wird nicht nur unvermögend sein, einen russischen Einbruch abzuwehren; sie wird auch die ganze Stellung der nichtkommunistischen Welt schwächen, ihrer Sache schweren Schaden tun und alle Hoffnungen auf die Entstehung friedlicher Demokratien in Deutschland und Japan zunichte machen.

Und Warburg faßt zusammen: «Alles in allem werfen diese vier

Hume, in einem Washingtoner Blatt die Bemerkung, um nicht Fräulein Truman, die schließlich die Tochter des Präsidenten sei, in der Achtung des Publikums herabzusetzen, verzichte er lieber darauf, ihre Leistungen zu besprechen. Worauf Papa Truman dem Kritiker einen Brief schrieb, in dem er seinen Gefühlen nicht den geringsten Zwang antat und im reinsten Stil amerikanischer Lebensform drohte: «Ich habe Sie zwar nie- mals gesehen. Wenn es aber je einmal passieren sollte, werden Sie eine neue Nase und vielleicht jemanden benötigen, der Sie nach Hause trägt.» Und dieser Mann steht an einem der verantwortungsvollsten Posten der Welt, beauftragt, Entschlüsse zu fassen, von denen Leben und Tod ungezählter Menschen abhängen können! Oder braucht man in Amerika gerade solche Typen an den entscheidenden Stellen?

nachkoreanischen Entscheidungen die sehr ernste Frage auf, ob der Kurs, auf den wir uns jetzt eingelassen haben, nicht tatsächlich gerade den Krieg heraufbeschwören kann, den wir zu verhindern suchen. Der Kreml findet vielleicht, daß unsere Pläne, wenn sie einmal fertig ausgeführt seien, eine so große Bedrohung für Rußland bildeten, daß es Westeuropa angreifen und überrennen müsse, bevor unsere Verteidigungsstreitkräfte ausgehoben, ausgebildet, ausgerüstet und an der Elbelinie aufgestellt seien.»

Nächste Schritte Nur ein schneller Wechsel des ganzen Kurses der amerikanischen Außenpolitik, so betont der Verfasser des zitierten Aufsatzes, könne bewirken, daß nicht auch noch die letzten Friedenshoffnungen zuschanden würden. Und dann entwirft er für eine solche Neuorientierung einen positiven Plan, der vor allem zwei große Ziele ins Auge faßt:

1. Den Verzicht auf die von den Vereinigten Staaten beanspruchte Rolle eines Weltpolizisten, verbunden mit der Entwicklung einer internationalen Rechtsordnung, in der die *allgemeine Abrüstung* eine praktische Möglichkeit und der Krieg eine praktische Unmöglichkeit wird;
2. die Schaffung einer internationalen Wirtschafts- und Sozialordnung, die im Rahmen der Vereinten Nationen und in genossenschaftlichem Geist planmäßig all die Notstände zu überwinden hat, die zu Gewalttätigkeit und Krieg führen. «Das bedeutet, offen herausgesagt, daß sich ein solches Programm mit der sozialen Reform und sogar mit der sozialen Revolution verbünden muß, statt die Revolution unterdrücken und den herrschenden Zustand aufrecht erhalten zu wollen. Das ist vielleicht», meint Warburg, «die schwierigste Hürde, die wir zu nehmen haben. Jetzt geht unser Streben ja dahin, uns an das zu klammern, was wir haben, uns gegen Änderungen zu wehren und uns darum in der ganzen Welt mit andern zu verbünden, die ebenfalls daran interessiert sind, ihre gegenwärtige Vorzugsstellung aufrechtzuerhalten.»

Hier ist in der Tat der Kern der Sache getroffen. Denn das heutige Amerika, eingeschlossen die ganz kapitalistisch verseuchte Arbeiterschaft, sträubt sich ja leidenschaftlich gegen jede radikale Reform der herrschenden Erwerbs- und Besitzordnung, und zwar nicht nur im eigenen Land, sondern nicht viel weniger auch in der Welt draußen. Der Durchschnittsamerikaner ist vom Erfolg des «freien Unternehmertums» in «Gottes eigenem Lande» derart benommen, daß er einfach nicht zu begreifen vermag, wie die übrige Welt nicht mit den gleichen Methoden ebenso glücklich gemacht werden könne und wolle, wie er sei. Und was ihn selber betrifft, so vermag er, dem es in den letzten zehn oder fünfzehn Jahren so gut gegangen ist wie noch nie, der massig Geld im Sack hat und Arbeitslosigkeit nur noch vom Hörensagen kennt, wirklich keinen Grund zu sehen, den Ast absägen zu lassen, auf dem er anscheinend so

behaglich sitzt. Sogar ein Henry Wallace hat vor ein paar Monaten (im Novemberheft der Zeitschrift «Coronel») einen Artikel erscheinen lassen, in dem man liest:

«Für mich war es nie eine Frage, daß ich, falls es zu einem Zusammenstoß (zwischen Ost- und Westblock) kommen sollte, auf Seiten der Vereinigten Staaten und des kapitalistischen Systems stehen würde. Ich glaube nur nicht, daß es zu einem Zusammenstoß kommen müsse. Bis 1948 dachte ich, die Bedürfnisse Rußlands seien derart, daß es möglich sei, zu einer bindenden, friedlichen Verständigung zu kommen, und zwar um einen Preis, der weit niedriger wäre als ein blutiger Krieg. Seit 1949 habe ich angefangen zu denken, daß Rußland den «kalten» Krieg wolle und vielleicht auch einen blutigen Krieg, sobald es dazu bereit sei.»

Wenn das am grünen Holz geschieht, was soll am dürren werden? Nein, bei einer derartigen Denkweise wäre es sinnlos, auf einen von innen her kommenden Umschwung der amerikanischen Weltpolitik zu hoffen. Nicht sinnlos, vielmehr durchaus im Bereich des Möglichen gelegen ist es hingegen, wenn wir hoffen, daß es gelinge, die gefährlichsten Auswirkungen dieser Politik so weit einzudämmen, daß es wenigstens nicht zu einem neuen Weltkrieg kommt. In der jüngsten Korea- und Chinakrise waren es vor allem England und der Britische Staatenbund (Commonwealth), die diese Aufgabe mit vorläufigem Erfolg übernahmen, wobei freilich die Gefahr nach wie vor besteht, daß Amerika die ihm von jener Seite bereiteten Hemmungen doch überwindet und auch die übrigen von ihm ja so vielfältig abhängigen UNO-Mächte in den Strudel seiner Abenteuerpolitik hineinreißt. Soll es nicht so weit kommen, dann müssen sich eben die außerhalb des Ostblocks stehenden Völker der Welt, vor allem auch die Völker Europas, die bei einem Zusammenstoß zwischen Rußland und Amerika in erster Reihe zermalmt werden, zu immer bewußterem und kraftvollerem Widerstand gegen den halsbrecherischen Kurs der amerikanischen Weltpolitik zusammenfinden.

Ansätze dazu haben sich ja bereits an verschiedenen Orten gebildet. Wir zählen dazu auch den sogenannten französischen Neutralismus, den ja die Parteigänger Washingtons nach Noten schmähen, der aber bei allen Vorbehalten, die wir ihm gegenüber machen, im Grunde doch eine gesunde Reaktion auf das amerikanische Draufgängertum darstellt. Auch in England, wo man weiß, daß im Fall eines Atomkrieges gegen Rußland die britischen Inseln den furchtbarsten Vergeltungsschlägen von Seiten der Sowjetunion ausgesetzt wären, ist der Widerstand mindestens gegen die amerikanische Ostasienpolitik dauernd lebendig, und zwar keineswegs nur in «linken» Labourkreisen. Anderseits machen die Regierungen sowohl Großbritanniens als Frankreichs die hemmungslose Aufrüstungspolitik, der sich die Vereinigten Staaten hingegeben haben, nach Kräften, ja sogar über die Kräfte ihrer Länder hinaus mit. Und doch muß gerade diesem tollen Rennen schleunigst Halt geboten werden, soll es nicht schon recht bald im Graben enden!

Eine nächste Gelegenheit dazu bietet die von der Sowjetunion angeregte Viermächtekonferenz über Deutschland, über die zwischen den beteiligten Staatskanzleien immer noch hin und her verhandelt wird. Die Westmächte sehen eine solche Konferenz eben lediglich vom tak-tischen Standpunkt aus an. Für sie steht es fest, daß die Sowjetunion die Welt mit Waffengewalt für den Kommunismus erobern will, und daß sich die «freien Völker» gegen diese Bedrohung ebenfalls mit Waffengewalt verteidigen müssen. Was also Rußland, bis es voll gerüstet sei, an Verständigungs- und Friedensvorschlägen in die Welt hinausschicke, das sei, so lautet der Schluß, natürlich nur darauf berechnet, die Verteidigungsmaßnahmen des Westens zu durchkreuzen und Verwirrung ins feindliche Lager zu tragen. Und dazu gehöre auch die Deutschlandkonferenz, auf die der Kreml die drei westlichen Alliierten mit allen Listen zu schleppen suche. Daß die Dinge in Wirklichkeit völlig anders liegen, als es diese primitive Propagandatechnik darstellt, spricht auch ein so erfahrener und klarblickender Beobachter der Weltereignisse aus, wie es J. Alvarez del Vayo, einer der führenden Männer der ehemaligen spanischen Republik, ohne jeden Zweifel ist. «Rußlands Vorschlag als neues Obstruktionsmanöver abzutun», so erklärte er letztthin,

«heißt die Tatsache erkennen, daß der Kreml der Treue Ostdeutschlands nie sicher war und die Lehre der Vergangenheit nicht vergessen hat. Stalin bemerkte einmal zu Benesch, er würde „nicht einmal einem kommunistischen Deutschland trauen“. Die Russen haben wie die Franzosen mehr als einen deutschen Einbruch erlebt, und der Schrecken des Sommers 1941 ist ihnen noch immer in lebendigem Gedächtnis. Die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten, jeder mit eigener Armee oder Sicherheitspolizei, oder wie man es immer nennen mag, kann Moskau nicht gefallen. Die unmittelbare Gefahr stellt Westdeutschland dar, das durch antikommunistische Propaganda erhitzt ist und nach den fruchtbaren Landstrichen des Ostens begehrt; aber auch Ostdeutschland könnte durch einen Ruf zur Wiedereroberung der jetzt Polen einverleibten Grenzprovinzen aufgewiegelt werden. Zwei deutsche Staaten stellen eine doppelte Dauergefahr dar. Wenn also Rußland die Rückkehr zu Potsdam vorgeschlagen hat, zum mindesten im Sinne der Wiederherstellung einer Politik der Zusammenarbeit der großen Vier, mit dem Zweck der Verhinderung des Wiederaufkommens einer deutschen Wehrmacht, so verfolgt es damit nur seine eigenen Interessen. Und diese Interessen sind auch diejenigen des Westens. Das Gespenst eines remilitarisierten Reiches geht in jedem Außenministerium Europas um.

Wenn die Vereinigten Staaten ein Verhandlungsabkommen mit Moskau über die deutsche Frage zurückweisen, werden sie nicht bloß die Gefahr eines dritten Weltkrieges laufen, der nicht am Rande Asiens, sondern im Herzen Europas ausgefochten werden müßte; sie werden auch Gefahr laufen, den Krieg ohne verlässliche Bundesgenossen ausfechten zu müssen.»

Genau die gleiche Auffassung vertritt Alexander Werth im «New Statesman». Die Furcht der Russen vor einem Wiederaufleben des deutschen Nationalismus und Militarismus, so glaubt dieser britische Journalist, der die ganzen Kriegsjahre in der Sowjetunion verbracht hat und noch immer gute Fühlung mit russischem Denken aufrechterhält, sei durchaus echt; die Erinnerung an die Taten der Hitlerarmee, die als

einige Armee der Welt quer durch Rußland bis an die Grenzen Asiens hindurchmarschierte, sei vielleicht die grimmigste von allen Erinnerungen des Sowjetvolkes. Irgendwelche Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion einen Präventivkrieg gegen Deutschland plane, seien bisher nicht zu bemerken. «Wenn aber einmal», so fügt Werth hinzu, «die Sowjetregierung zu einer Kraftprobe in Westeuropa entschlossen wäre, so würde eine solche Kraftprobe zunächst die Form eines ‚innerdeutschen Konflikts‘ annehmen, wobei etwa der Osten als ‚Einiger‘ Deutschlands auftrate, bevor die westliche Wehrmacht dazu Zeit hätte... Die Sowjetregierung ebenso wie das russische Volk würden es bei weitem vorziehen, keinen Krieg zu bekommen; die wirkliche Gefahr ist aber, daß sie in ihrer begreiflichen Deutschenangst es als eine Sache von Leben und Tod ansehen könnten, eine deutsche Wiederaufrüstung zu verhindern.»

Wollen die Westmächte, die von Deutschland im letzten Krieg nicht den hundertsten Teil dessen erlitten haben, was Rußland erlitten hat, mit ihrem unverantwortlichen Plan für die Wiederbewaffnung Deutschlands die Sowjetunion wirklich mit aller Gewalt zu einem Verzweiflungsschritt treiben? Sie könnten, wenn ihnen das gelänge, nach außen hin in heller moralischer Entrüstung, aber innerlich triumphierend gewiß mit leichter Mühe vor ihren Völkern und der übrigen antikommunistischen Welt den Beweis für die Richtigkeit ihrer «Verteidigungspolitik» und die Verruchtheit der sowjetischen Eroberungsabsichten ausbreiten. Nur – wäre das dann auch die Wahrheit? Wäre dann nicht vielmehr die «Eindämmungspolitik» der Westmächte gerichtet? Vor allem die Weltpolitik Amerikas, die, wie ich immer mehr glauben muß, ganz planmäßig auf das in ein paar Jahren zu erreichende Ziel hinsteuert, Rußland zum Losschlagen zu zwingen – einem Losschlagen, das von der Sowjetunion aus defensiv oder doch präventiv gemeint wäre, aber dann eben den großartigsten Anlaß böte, um in fürchterlichstem Gegenschlag den Herd des Weltkommunismus ein für allemal atombombenmäßig zu vernichten!

16. Januar.

Hugo Kramer.

SCHWEIZERISCHE RUNDSCHAU

Landesverteidigung? Es wird Zeit, daß wir auch wieder einmal einen Blick auf die Lage der Schweiz werfen, wie sie sich unter dem Einfluß der Weltereignisse gestaltet. Die sichtbarste und wahrscheinlich folgenschwerste Wirkung der internationalen Hochspannung auf unser Land ist natürlich das Rüstungsfieber, das alle «guten Patrioten» – und je «besser» sie sind, um so mehr – ergriffen hat. Die Pläne für die neue, in der Schweizergeschichte ohne Beispiel da-